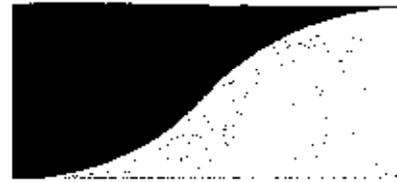


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Horst Sielaff MdB zum Aus-
siedlerstrom: Deutsche Spu-
ren nicht verwischen.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zur
Lage auf dem Energiemarkt:
Kanzler muß die Steinkohle
zur Chefsache machen.

Seite 3

Alwin Brück MdB zu den
Perspektiven für den euro-
päischen Binnenmarkt: Bonn
muß großer Verantwortung
gerecht werden.

Seite 5

43. Jahrgang / 173

9. September 1988

Aussiedlerströme und Politik

Eine kritische Einlassung

Von Horst Sielaff MdB

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher
(ZMO)

Das, was in der Bundesrepublik Deutschland „Vertriebenen“-
oder „Aussiedler“-Politik genannt wird, ist eine einseitige, wenn
nicht gar falsche Politik. Immer wieder wurde der Eindruck er-
weckt, die wahre Heimat aller deutschen Menschen sei die Bundes-
republik Deutschland. Und mit Deutschen meinte man die in der
DDR Lebenden ebenso wie Staatsbürgerinnen und Staatsbürger
der Volksrepublik Polen, der UdSSR, Rumäniens, der CSSR etc.
Und dies obwohl viele dieser Menschen nicht erst seit Jahrzehnten,
sondern seit Jahrhunderten in jenen Ländern lebten beziehungs-
weise leben.

Der Grund: Paragraph 2 des Bundesvertriebenengesetzes legt fest,
wer Aussiedler ist; nämlich, „wer als deutscher Volkszugehöriger
oder deutscher Staatsangehöriger nach Abschluß der allgemeinen
Vertreibungsmaßnahmen, die zur Zeit unter fremder Verwaltung
stehenden Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die
Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bul-
garien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder ver-
läßt,....“.

Viele der zu uns Kommenden sprechen kaum oder gar nicht
Deutsch, weil die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache
nicht gegeben war oder aber auch, weil manche unter ihnen erst
sehr spät entdeckten, daß sie Deutsche sind. Die Deutschen aus
Ungarn zum Beispiel müssen, wie amtlich bestätigt, zu 80 Prozent
zur Sprachförderung; und dies obwohl es in Ungarn deutsche
Schulen, sogar Gymnasien, deutsche Museen und Zeitungen, ja
sogar einen aktiven, offiziell anerkannten Verband der Deutschen
gibt. In Rumänien gab und gibt es - wer weiß wie lange noch -
deutsche Schulen, Zeitungen, Bücher und Theatergruppen. Seit
Jahren warnt der evangelische Bischof Klein in Rumänien vor dem
endgültigen Exodus aller Deutschen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fremdletter Umgang
mit mittelalten Recycling-
Recycling-Papier



In der UdSSR - dort, wo besonders viele Deutsche leben, zum Beispiel in der Sowjetrepublik Kasachstan - wird seit Jahren verstärkt Deutsch im Unterricht zugelassen, seit Jahren werden deutschsprachige Rundfunksendungen ausgestrahlt, deutsche Bücher gedruckt und angeboten.

Dies mag alles nicht genug sein - aber wo blieb eine zielstrebige deutsche Politik, diese Entwicklung in den entsprechenden Ländern zu fördern? Statt dessen wurde jede Steigerung von Aussiedlerzahlen als politischer Erfolg des „freien Westens“ gegenüber dem nicht freien kommunistischen Osten lauthals verkündet.

Die schreckliche Politik Ceausescus in Rumänien, die liberalere Handhabung von Aussiedlungsanträgen aus der UdSSR und die Übersoll-Einführung von Familienzusammenführung durch die Volksrepublik Polen werden bald dazu führen, daß die teilweise seit Jahrhunderten vorhandenen deutschen Spuren immer mehr verwischt und schließlich vergessen sein werden. Ich höre schon das Schreien gewisser Vertriebenenfunktionäre und die Forderung nach der Erhaltung deutscher Einflüsse in jenen Ländern, in denen Deutsche die Kultur pflegten oder in den ehemaligen deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neisse-Grenze.

Die Politik wurde vom grünen Tisch aus und undifferenziert betrieben. Wer von den Entscheidungsträgern war in den Gebieten, in denen Deutschstämmige leben? Hat man überhaupt zur Kenntnis genommen, was die Deutschen sagten, die dort bleiben wollen? Hat man das Bleiben unterstützt und dafür gearbeitet, also Möglichkeiten getestet und genutzt? Hat man nicht vielmehr aus dem Geist des Antikommunismus heraus, Veränderungen in Ost- und Südosteuropa gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen und - Vorurteile pflegend - viele Ereignisse falsch oder völlig einseitig negativ vermittelt? Hat die Bundesregierung denn alles getan, um den Ansaugmechanismus, den die Bundesrepublik Deutschland in vielen Teilen der Welt ausübt, abzubauen?

Gerade bei den Um- und Aussiedlern ist dieser Sog in vielfacher Hinsicht gegeben. Viele der ersten Um- und Aussiedler lebten sich in der Bundesrepublik Deutschland gut ein. Man hat viele Bekannte und Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland. Für die Menschen in Ost- und Südosteuropa ist die Bundesrepublik ein reiches Land mit unbegrenzten Möglichkeiten. Und die Negativberichte werden als übertrieben oder als Verfälschung der kommunistischen Staatsführung gesehen. Der alte Pioniergeist („Wir sind fleißige Leut“, wir werden's schon schaffen“) trägt darüber hinaus dazu bei, die Schwierigkeiten bei uns zu verneinen oder zu verdrängen.

Schließlich weiß man, daß man als Deutscher in der Bundesrepublik immer willkommen ist und ein Bundesvertriebenengesetz manche Starthilfe und eine gewisse soziale Absicherung gewährleistet.

Es wäre einmal interessant, die Ursprungsländer mancher deutscher Kolonien, insbesondere in Südosteuropa, und das jeweilige Rückkehrland zu überprüfen. Es gingen ja nicht nur Bürgerinnen und Bürger aus Preußen in den Osten, Habsburg gab es auch noch. Und wenn die Rückkehr erfolgen sollte, nur weil die Pflege der deutschen Sprache nicht mehr in den jeweiligen Ländern möglich ist, dann sollte nicht ganz verdrängt werden, daß auch die DDR ein deutscher Staat ist.

Natürlich sollen Familienzusammenführungen großzügig gehandhabt werden als ein humanitärer Akt. Aber die Aussiedlung wird schon problematischer, wenn sie wiederum andere Familien im Ausiedlungsland zerreißt, weil neue Verbindungen mit Russen, Polen, Rumänen oder anderen durch Heirat und Verwandtschaft entstanden sind. Und noch eines sollte man bei genauer Kenntnisnahme der Gründe für die Aussiedlung bedenken: Werden davon wirklich nur Deutsche betroffen oder auch andere Bürgerinnen und Bürger jenes Landes?

Leider treffen alle Menschen gleichermaßen - gefolterte Lateinamerikaner aber härter als diejenigen, deren Motive materielle Entbehrungen und die Sehnsucht nach der Kultur ihrer Mütter und Väter sind. Ist das eine humane Politik, Verhungernde „draußen“ zu lassen und Asylsuchende zurückzuschicken, wenn nicht ganz eindeutig auf diese Menschen bei ihrer Rückkehr der Tod wartet? Sind Folterungen, Verfolgung, Unfreiheit, Angst etwa Bagatellen?

Eine Politik mit christlichem Gesicht müßte diese Widersprüche und Fragen eigentlich wahrnehmen und berücksichtigen.

Der Kanzler muß die Steinkohle zur Chefsache machen

Die Entwicklung auf dem Energiemarkt verbietet weiteres Zuwarten

Von Horst Niggermeier MdB
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion im Kreis Recklinghausen *)

Die Entwicklungen auf dem nationalen und internationalen Energiemarkt überstürzen sich. Wie mit einem Brennglas bündeln sich diese Entwicklungen zu einem Todesstoß gegen die deutsche Steinkohle und damit gegen die nationalen Interessen der Bundesrepublik.

Die Lage der ohnehin in einem Anpassungsprozeß befindlichen Steinkohle-Stillegung von bis zu 15 Millionen Tonnen Förderkapazität, Verringerung um 30.000 Bergbau-Arbeitsplätze und weitere 45.000 bergbaubezogene Arbeitsplätze bis 1995 - erfährt eine weitere dramatische Zuspitzung.

In knapper Konzentration formuliert; sieht die Lage so aus:

- Der zur Verstromung gedachte Ausgleichsfonds („Kohlepfennig“) leidet unter milliarden-schweren Defiziten, die an der Durchführung des „Jahrhundertvertrages“ und seine mengen-mäßige Fortsetzung über 1995 hinaus Zweifel aufkommen lassen.
- Die Ölschwemme auf den internationalen Märkten mit einhergehendem Ölpreisverfall verschärft die finanzielle Auszehrung des Ausgleichsfonds für die Verstromung deutscher Steinkohle.
- Der nordrhein-westfälische Finanzminister Schließer (SPD) warnt, daß NRW die Belastung durch die Kohle „nicht unbegrenzt ohne Ausgleich tragen“ kann.
- Der niedersächsische Wirtschaftsminister Hirche (FDP) kündigt an, daß es bei einem Kern-energieverzicht Schleswig-Holsteins - was auch nach Niedersachsen hineinwirken würde - für Niedersachsen „als revierfernes Land nicht mehr zumutbar ist, Lasten für die deutsche Steinkohle mitzutragen“.
- Der ab 1992 angestrebte europäische Binnenmarkt führt unmittelbar zu der bislang von der deutschen Politik noch nicht beantworteten Frage, wie die Verstromung deutscher Steinkohle im Hinblick auf den dann über die Grenzen drängenden französischen Kernenergiestrom abgesichert werden kann.

Es kann angesichts dieser Fakten kein Zweifel darüber bestehen, daß von der gesamten deutschen Politik in Bund und Ländern die höchste Alarmstufe ausgerufen werden muß. Wenn es richtig ist, daß aus Gründen der Versorgungssicherheit - insbesondere in der Stromversorgung - die deutsche Kohle im parteiübergreifenden Konsens als „nationales Gut“ begriffen wird und auch ihre regional-politische Bedeutung ebenso unstrittig ist, dann müßte spätestens jetzt auch über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg der nationale Konsens für eine kohlesichernde Energiepolitik herbeigeführt werden. Dabei muß auch die mittelfristige Rolle der Kernenergie so definiert werden, daß der deutschen Kohle daraus keine Nachteile entstehen. Dies muß von der Sache her auch die Interessen der an der Kernkraft orientierten Bundesländer miteinbeziehen.

Die Interessenlage des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland lassen es nicht abwegig erscheinen, das Tandem Kohl/Rau als prädestinierte Moderatoren für diese Aufgabe der Konsensbildung anzusehen. Die Entwicklung auf dem nationalen und internationalen Energiemarkt verbietet noch längeres Zuwarten, sondern drängt zur Eile. Deshalb wäre dringend zu wünschen, daß der Bundeskanzler als Inhaber der politischen Richtlinienkompetenz das Problem der deutschen Kohle und ihre Existenzsicherung an sich zieht.

Dies scheint umso notwendiger, als die am 12. September beginnende Länder-Wirtschaftsminister-Konferenz sich mit den energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Problembereichen beschäftigen wird. Dort sollten übereilte Schnellschüsse aus der Hüfte vermieden werden. Vielmehr sollte bei den Länder-Wirtschaftsministern Leitlinie sein, was Bundeskanzler Kohl im November 1986 anlässlich einer Wahlkampftournee auf der Schachanlage Haltern 1/2 im Kreis Recklinghausen richtigerweise so beschrieben hat:

„Ich weiß, daß der deutsche Bergbau nicht allein gegen Dollarkurs und Ölpreisverfall an-rationalisieren kann. Dies sind weltwirtschaftliche Vorgänge, die einen langen Atem und unsere finanzielle Solidarität erfordern.“

Jetzt gilt es, an diese Kanzler-Erkenntnis anzuknüpfen und die politischen Rahmenbedingungen für die deutsche Steinkohle in einem nationalen Kraftakt so zu formulieren, daß sie auch weiterhin ihren Beitrag zu einer Stromversorgung leisten kann, die dann relativ unabhängig von Importen ist und Versorgungssicherheit garantiert.

(-/9.9.1988/va-he/rs

*) Der Kreis Recklinghausen ist mit einer Kohleförderung von fast 15 Millionen Tonnen der kohle-reichste Kreis der Bundesrepublik und übertrifft die Kohleförderung des Saarlandes um 50 Prozent.

Auf dem Weg zum europäischen Binnenmarkt

Die Bundesregierung muß ihrer großen Verantwortung gerecht werden

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Fragen der EG des Auswärtigen
Ausschusses des Deutschen Bundestages

Während der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft im ersten Halbjahr dieses Jahres ist es gelungen, in die in Erstarrung geratene europäische Politik Bewegung zu bringen. Wir sind auf dem Weg zum Binnenmarkt ein Stück vorwärtsgekommen. Das habe ich so auch in der Debatte über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 24. Juni 1988 im Plenum des Deutschen Bundestages gesagt, mit Zustimmung meiner Fraktion.

Bei der ersten Lesung des Bundeshaushaltes für das Jahr 1989 hat der Bundeskanzler noch einmal darauf hingewiesen, wie erfolgreich die deutsche Präsidentschaft war. Niemand will ihm da widersprechen. Und wir haben das als Opposition auch nicht getan. Aber mittlerweile sind fast drei Monate ins Land gegangen. Das Schulterklopfen und vor allem das sich selbst auf die Schulterklopfen muß langsam zu Ende gehen, damit dann die Hände wieder für die Arbeit frei werden.

Die großen „Hämmer“ auf dem Weg zum Europäischen Binnenmarkt kommen ja noch. Da ist die Steuerharmonisierung. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Selbst wenn man sich beispielsweise auf die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Margen zwischen 14 Prozent und 20 Prozent beim Normalsatz und zwischen vier Prozent und neun Prozent beim ermäßigten Satz einigen sollte, würde es anschließend große Probleme geben. Ich weiß nicht, wie eine solche Bandbreite in den Grenzregionen der Mitgliedsstaaten problemlos funktionieren soll. Die unterschiedlichen Steuersätze werden beim Handel in den Grenzregionen zu zum Teil unerträglichen Wettbewerbsverzerrungen führen.

Hinzu kommt, daß das von der Kommission vorgeschlagene Clearing-System kaum weniger aufwendig ist als die herkömmliche Grenzabfertigung.

Sicher wird es auch nicht leicht sein, die Sonderverbrauchssteuern zu harmonisieren. Um eine Weinsteuer in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen, wird es noch viele Diskussionen geben, nicht nur bei den Weintrinkern, sondern wohl noch viel mehr bei den Weinproduzenten.

Es gibt also keinen Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Die Bundesregierung sollte sich auf die schwere Arbeit besinnen, die noch bis zur Vollendung des Binnenmarktes zu leisten ist. Es wäre zu bequem, würde man die Verantwortung für die weitere Arbeit der jetzigen griechischen Präsidentschaft und künftigen Präsidentschaften aufhalsen. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung in Europa auch außerhalb der Zeiten ihrer Präsidentschaft wahrnehmen, denn die zu bewältigenden Probleme, insbesondere in der Steuer-, aber auch in der Sozial- und Umweltpolitik erfordern auch das Engagement der Bundesrepublik und ihrer Regierung. Wir sind der wirtschaftlich stärkste Mitgliedsstaat der Gemeinschaft. Das lastet uns eine besondere Verantwortung auf.

Entgegen den Versprechungen von Bundeskanzler Kohl war der sozialpolitische Aspekt des Europäischen Binnenmarktes kein Hauptthema des Gipfels in Hannover. Die Bundesregierung muß darauf drängen, daß die Arbeits- und Sozialgesetzgebung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zu einem ständigen Thema der nächsten Gipfeltreffen wird. Die sozialen Anliegen der im Binnenmarkt vereinten 324 Millionen Menschen dürfen nicht vernachlässigt werden. Ohne die Einheit von europäischer Wirtschafts- und Sozialpolitik wird es keinen funktionierenden Binnenmarkt geben, erst recht nicht die Europäische Union. Und da gilt es höllisch aufzupassen, daß die Schaffung des Binnenmarktes nicht mißbraucht wird, Arbeitnehmerrechte in der Bundesrepublik, aber auch in anderen Mitgliedsstaaten, abzubauen. Die von der Industrie geforderte Deregulierung und Flexibilisierung darf nicht zum Sozialdumping und zum Verfall von Arbeitnehmerrechten führen.

Die vergangenen Monate haben drastisch gezeigt, daß die Entschärfung der Umweltproblematik zu den dringendsten Aufgaben der EG gehört. Auch hier ist die Bundesregierung ihrer selbsternannten Rolle als umweltpolitischer Vorreiter der EG bisher nicht gerecht geworden. Die Skandale der letzten Monate bei der Grundwasserverschmutzung, bei der Trinkwassergefährdung, beim Robbensterben und bei den hormongespritzten Kälbern haben verdeutlicht, daß hier schärfere Bestimmungen unumgänglich sind.

(-/9.9.1988/vo-he/rs)